

 INTERVIEW

Rolf Mützenich: „Menschen wollen mehr über die Ursachen von Kriegen erfahren“

Der SPD-Politiker sagt: In existenziellen Fragen wie Krieg und Frieden verlangen die Bürger umfassende Antworten statt Phrasen im Sekundentakt.

Michael Maier

10.11.2025  10.11.2025, 22:09 Uhr



Rolf Mützenich im Interview mit der Berliner Zeitung in seinem Büro im Bundestag.
Ina Schoenenburg/Ostkreuz

Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende ist ein Arbeiterkind aus dem Rheinland: Rolf Mützenich ist stolz, dass er es aus einfachen Verhältnissen an die Universität geschafft hat. Er ist geerdet geblieben und sagt, was er denkt. In seinem Bundestagsbüro hängt eine Collage mit Fotos von Prominenten, die ihm Freunde zum Geburtstag geschenkt haben. Helmut Schmidt wird darauf zitiert: „Wer Visionen hat, sollte zum Rolf gehen.“ Wir treffen Rolf Mützenich in diesem Büro.

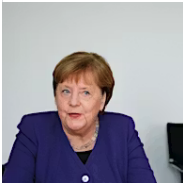
Herr Mützenich, im März 2024 hatten Sie es gewagt, im Bundestag einen Waffenstillstand für die Ukraine zu fordern. Sie wurden dafür massiv kritisiert. Heute fordern der Bundeskanzler und alle westlichen Staatschefs dasselbe. Was denken Sie?

Es ist bemerkenswert, dass diejenigen, die heute von einer Waffenruhe entlang der Front sprechen, dieselben sind, die mich damals heftig kritisiert hatten. Offenbar wird inzwischen anerkannt, dass eine Waffenruhe unter bestimmten Bedingungen einen Beitrag leisten kann, um Wege aus der Eskalation zu finden. Deshalb haben es jetzt die EU-Chefs aufgegriffen. Wenn ich aber auf die damalige Debatte zurückblicke, dann bin ich ernüchtert.



Ricarda Lang: „Ich wurde roboterhafter in der Sprache, ohne es zu merken“

Politik 08.11.2025



Angela Merkel im Exklusiv-Interview: „Ich hatte bei Männern im Westen wenig Rückhalt, weil ich aus der DDR kam“

Ukraine 14.03.2025



Damals haben alle auf Sie eingeschlagen, wie man Ihrem Wikipedia-Eintrag entnehmen kann.

Ich habe mir damals ein paar blaue Flecken eingefangen.

Waren Sie überrascht?

Ich war überrascht über das Ausmaß des medialen und politischen Widerstands. Ich habe damals in Form einer offenen Frage versucht, eine Debatte darüber anzuregen, ob neben militärischen auch diplomatische Schritte zur Beendigung des Krieges denkbar sind – im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Schwierigkeiten und des russischen Widerstands.

Sie kennen ja noch die Bonner Zeit, wo Kontroversen und Dialoge selbstverständlich waren. Was ist aus diesem Land geworden?

Darüber versuche ich mir auch ein Bild zu machen. Ich bin aber noch zu keiner abschließenden Meinungsbildung gekommen. Die Schärfe ist allerdings nicht neu, denken Sie an die Nachrüstungsdebatte der 1980er-Jahre oder die Politik Brandts zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Neu ist, wie die Debatten in der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien geführt und befeuert werden.

Sie sind ja auch sehr volksverbunden, reden viel mit Leuten: Deckt sich die öffentliche Debatte mit dem, was die Leute denken?

Nicht immer, gelegentlich gar nicht. Viele Menschen, die sich mit existenziellen Fragen wie Krieg und Frieden befassen, erwarten umfassende Antworten und keine kurzen Tweets im Sekunden-Intervall. Sie wollen beispielsweise mehr über die Ursachen von Kriegen erfahren. Wenn ich heute bei Veranstaltungen darauf hinweise, dass viele Länder außerhalb Europas

den Krieg in der Ukraine anders wahrnehmen als wir, dann herrscht ein großes Interesse, manchmal sogar Überraschung. Man muss andere Sichtweisen ja nicht teilen, aber man sollte sie in der Debatte zur Kenntnis nehmen.

Hat das mangelnde Interesse an anderen Positionen auch dazu geführt, dass man Putin falsch eingeschätzt hat, weil man sich nur noch die eigenen Positionen an den Kopf geworfen hat, ohne zuzuhören? Angela Merkel meinte ja, Minsk hätte nur dem Zweck gedient, Zeit für die Ukraine zu gewinnen.

Bereits in den Jahren vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gestalteten sich die Beziehungen zu Russland zunehmend schwierig. Ich selbst habe bereits 2014 feststellen müssen, dass Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle keine Aussicht auf Erfolg hatten. Das lag sowohl an der russischen Seite als auch an der US-Regierung. Hinzu kam, dass während der Corona-Pandemie direkte Gespräche und Treffen weitgehend zum Erliegen gekommen sind, was eine Verständigung zusätzlich erschwert hat.

Frau Merkel hat vor kurzem gesagt, dass sich da etwas aufgebaut habe und es keine belastbaren Diskussionen mit Russland mehr gegeben habe. Gleichzeitig blockierten laut Merkel auch einige EU-Staaten eine deutsch-französische Initiative für ein neues Gesprächsformat der EU mit Russland. Dennoch gab es selbst unmittelbar vor der russischen Invasion gegen die Ukraine noch ernsthafte Versuche von Olaf Scholz und Emmanuel Macron, Gespräche mit Russland zu führen, doch diese konnten Putin von seinen Plänen nicht mehr abhalten.

Ein großes Land wie Deutschland müsste doch in der EU eine Führungsrolle übernehmen, wenn es darum geht, Kriege zu verhindern.

Gerade vor dem Hintergrund der Menschheitsverbrechen, die von Deutschland ausgingen und zum Holocaust führten, ist es für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahrzehnten selbstverständlich gewesen, sich für den Frieden einzusetzen. Dazu gehörte immer, auch die Perspektive des anderen mitzudenken. Ich habe jedoch den Eindruck, dass uns diese Fähigkeit zunehmend verloren geht.

Weil man es vergessen hat oder weil man froh ist, dass man jetzt nicht mehr so denken muss?

Deutschland hat immer wieder den Hang, Debatten über die „Normalisierung“ der Außen- und Sicherheitspolitik zu führen, etwa im Historikerstreit. Vielleicht ist das jetzt auch wieder so ein Reflex.

Zwischen Deutschland und Russland bestehen kaum noch zivilgesellschaftliche Kontakte. Soll das so bleiben? Kann man den Austausch nicht wenigstens auf dieser Ebene in Gang bringen?

Dazu benötigt es Mut. Ich kann mir vorstellen, dass, wenn der Krieg einmal zu Ende ist, sich die jüngere Generation aufmacht und nach und nach wieder Beziehungen knüpft. Ich bin mir nicht sicher, ob in Russland derzeit die Bereitschaft zu so etwas besteht. Es bieten sich außerdem Städtepartnerschaften an sowie der universitäre Austausch und sehr viel später vielleicht wieder ein Studentenaustauschprogramm.

Warum erst ganz später?

Zunächst muss der Krieg in der Ukraine zu einem Ende kommen.

Warum wartet Deutschland auf Trump? Warum kann nicht der Bundeskanzler bei Putin anrufen und sagen, es ist ein Wahnsinn, was da passiert?

Bundeskanzler Olaf Scholz hat während seiner Amtszeit mehrfach mit Putin telefoniert. Allerdings steht für Putin Deutschland klar in einem Lager. Ob ein Anruf eines deutschen Repräsentanten von ihm überhaupt als belastbar wahrgenommen würde, wage ich zu bezweifeln.

Aber man könnte es doch wenigstens versuchen?

Man sollte immer alles versuchen, was hilft, diesen furchtbaren Krieg zu beenden. Aber wir sollten auch im Gegensatz zu früher jene unterstützen, die eine solche Vermittlerrolle glaubhaft spielen könnten – wie etwa die Türkei, die Volksrepublik China, Indonesien, Brasilien oder Südafrika. Der brasilianische Präsident Lula hatte eine Friedensinitiative gestartet, und auch Premierminister Modi aus Indien hat ein Ende des Krieges in der Ukraine gefordert. Es wäre klug, wenn ein Bundeskanzler bei seinen Besuchen in diesen Staaten dieses Thema anspricht und sie dazu ermutigt, ihre Vermittlerrolle stärker wahrzunehmen.

Hat Herr Merz das Thema bei seinem jüngsten Türkei-Besuch angesprochen?

Davon weiß ich nichts, ich habe nichts darüber gelesen.

Die EU haben Sie jetzt nicht erwähnt?

Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass die Europäische Union keine ausreichenden Anstrengungen im Bereich der Diplomatie gemacht hat. Man hat den nationalen Regierungen den Vortritt gelassen. Es wäre für die EU klüger gewesen, eigene Initiativen zu starten, anstatt auf den „Dealmaker“ im Weißen Haus zu warten. Lange haben einige davon gesprochen, dass Russland den Krieg verlieren müsse, um zu einem Ende des Krieges zu kommen. Es war deshalb richtig, dass Olaf Scholz dem eine andere Formel entgegengesetzt hatte: Russland darf den Krieg nicht zu seinen Bedingungen gewinnen.

Das ist nicht nur ein semantischer Unterschied.

Könnte die EU das – militärisch und finanziell – überhaupt? Offenbar halten das einige für möglich.

Jeder, der damit spekuliert, spekuliert mit einer großen Katastrophe. Auch aus Rhetorik kann Realität werden. Das möchte ich nicht erleben.

Das Sondervermögen bindet Mittel. Ökonomen sagen, Rüstung ist Konsum, keine Investition. Was bringt es der Wirtschaft?

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass das zu Wachstum führt – es sei denn, er guckt allein auf die Aktienkurse der Rüstungskonzerne. Bestimmte dringend notwendige öffentliche Aufgaben, wie etwa die Umstellung der Produktion auf klimagerechte Technologien und gute Arbeit, werden durch die Ausgaben im Rüstungsbereich natürlich erschwert. Deshalb habe ich für die Abschöpfung exorbitanter Gewinne der Rüstungsindustrie geworben.

Ist das dann nicht ein falsches Programm?

Natürlich ist das ein Problem. Ich werde nicht in Abrede stellen, dass wir verteidigungsfähiger werden müssen. Aber allein auf diesen Faktor zu setzen, halte ich nicht für sinnvoll. Eine kluge Außen- und Sicherheitspolitik darf sich nicht nur auf ein Feld beschränken.

Hinzu kommt der Umstand, dass Krieg so klimaschädlich ist wie wenig es sonst.

Wenn der Bundesaußenminister jetzt nach Syrien reist und feststellt, dass es dort aussieht wie bei uns 1945, dann müssen wir, wenn wir genau in die Ukraine schauen, sagen, es sieht entlang der Front so aus wie nach dem Ersten Weltkrieg bei den Stellungskriegen in Belgien und Frankreich.

Warum müssen Panzer und Flugzeuge gekauft werden? Könnte sich Deutschland nicht auch verteidigungsfähig machen, indem es in Technologie oder Künstliche Intelligenz (KI) investiert – Dual Use sozusagen?

Man muss beides tun. Allerdings muss man es verantwortungsbewusst tun. KI wird ja auch in der Rüstung eingesetzt. Da sind wir in einem Dilemma. Was passiert, wenn KI den Befehl zu einem Einsatz gibt? Der Vorteil einer Demokratie ist doch, dass man hier über die Chancen und Risiken neuer Technologien offen diskutieren kann.

KI braucht sehr viel Energie. Wie erklären Sie sich, dass da eine deutsche Pipeline in die Luft gesprengt wird, und niemand interessiert sich dafür, wer es war?

Es interessieren sich ja schon manche dafür, insbesondere die Staatsanwaltschaften, die unabhängig von der politischen Debatte versucht haben, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die zumindest nach der Beweislage die Verantwortung dafür tragen. Über die Tatsache, dass einzelne Länder in der EU von einer Auslieferung absehen, muss eine politische Diskussion geführt werden. Ich hoffe, dass diese Diskussion innerhalb der europäischen Institutionen auch geführt wird.

Wie soll die EU mit ihren extrem divergierenden Positionen zu Russland umgehen? Da ist die Hardlinerin Kallas auf der einen Seite und der Unterhändler Orbán auf der anderen. Früher hat man sich auf den Gipfeln zusammengerauft.

Orbán ist für mich kein ernsthafter, seriöser Akteur und auch innerhalb der EU weitgehend isoliert. Aber dass nicht stärker nach Gemeinsamkeiten gesucht wird, bleibt ein Problem für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Sollte Deutschland wieder Führung übernehmen?

Es wäre gut, wenn Deutschland die Rolle wieder übernehmen würde, die es in den vergangenen Jahren hatte. Allerdings haben in der neuen internationalen Ordnung auch andere Länder an Einfluss gewonnen. Deshalb wäre es aus deutscher Sicht klug, auch mit diesen Ländern Gespräche zu suchen und Absprachen zu treffen, wo es möglich ist. Ob das jeder in Deutschland so sieht oder ob die EU dazu überhaupt bereit und in der Lage wäre, da bin ich unsicher.

Könnte am Ende des Krieges die EU zerbrechen?

Das hoffe ich nicht.

Aber ausschließen können Sie es auch nicht?

Ich würde heute wenig ausschließen. Ich hoffe, dass am Ende jeder erkennt, wie wichtig die EU ist, bei allen Mängeln.

Als Trump Ursula von der Leyen getroffen hat, hat er gesagt, EU und Nato seien ein und dasselbe, von der Leyen hat nicht widersprochen; Nato-Generalsekretär Rutte hat Trump im Weißen Haus Meldung gemacht, dass alle Mitglieder jetzt fünf Prozent des BIP zahlen werden. Bis vor kurzem galt das Budgetrecht als das „Königsrecht“ der Nationalstaaten. Hat sich hier etwas verschoben?

Das Budgetrecht bleibt weiterhin vor allem das Recht der Parlamente. Dieses Recht sollten sich die Parlamente auch nicht nehmen lassen. Auch wenn in internationalen Organisationen wie der Nato gemeinsame Verpflichtungen getroffen werden, dürfen diese

nicht das verfassungsmäßige Recht der Parlamente aushöhlen.

Sie waren gerade in China. Präsident Xi hat Trump deutlich zu verstehen gegeben, dass Peking das Tempo bestimmt. Wie sollte sich Deutschland da positionieren?

China hat in den vergangenen Jahrzehnten enorme Fortschritte gemacht, etwa in der Hochtechnologie. Es gibt kaum Bereiche, in denen China nicht auf Augenhöhe mit anderen Ländern oder sogar voraus ist. Das sieht der eine oder andere nicht gern. Aber: Wir können diese Realität nicht ausblenden. Mir gefällt das politische System der Volksrepublik China auch nicht. Aber ich kann nicht verkennen, dass dieses System mehrere hundert Millionen Menschen auf eine andere Stufe gehoben hat, etwa in Fragen von Hunger und finanzieller Auskömmlichkeit. Das müssen wir anerkennen. Gleichzeitig ist allerdings klar, dass Deutschland und Europa ihre Abhängigkeit von China reduzieren müssen, insbesondere in strategisch sensiblen Bereichen. Das geht zwar nicht von heute auf morgen, ist aber notwendig, um unsere eigene Handlungsfähigkeit zu sichern.

Beim Asean-Gipfel waren alle, Lula, Trump, die Inder – nur die Europäer nicht.

Das ist ein eklatanter Mangel an strategischer Kompetenz. Nachdem Trump abgereist war, haben die Länder trotz aller Differenzen Verträge mit Peking abgeschlossen. Diese Länder haben offenbar ein anderes Verhältnis zu China als der Westen.

Was sagen Sie zum deutschen Außenminister Wadephul?

Es ist für mich unverständlich, warum er wegen seiner Syrien-Aussage von seiner eigenen Partei so unter Beschuss genommen wird. Gerade in einer Zeit, in der die Raufbolde die internationale Politik bestimmen, sollten wir jemanden, der eine humanistische Sicht auf ein Problem hat, verteidigen und nicht attackieren.

Sie sind ein Arbeiterkind. Kann ein normaler Arbeiter die Politik von heute noch nachvollziehen?

Ich kann verstehen, dass die Herausforderungen unserer Zeit vielfältiger und schwerer durchschaubar geworden sind, was es für viele Bürgerinnen und Bürger schwieriger macht, Politik nachzuvollziehen. Wir dürfen niemals nachlassen, das verständlich zu machen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.